

Presseinformation

Berlin, 10. März 2025 – Zu den Ergebnissen der Sondierungen von CDU, CSU und SPD erklärt Prof. Dr. Gerald Linke, Vorstandsvorsitzender des DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.:

„Die Verabredungen von Union und SPD enthalten auch mit Blick auf Infrastruktur und Energiepolitik sinnvolle Maßnahmen für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen in Deutschland. Alle Parteien der demokratischen Mitte tragen gemeinsam die große Verantwortung, so schnell wie möglich die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Finanzierung zu gewährleisten. Zu den Lebensadern in unserem Land gehört neben Straßen, Schienen und Brücken auch das Leitungsnetz der Energie- und Wasserversorgung. Dieses und die dazugehörige Kraftwerks- und Importinfrastruktur auszubauen und mit Blick auf die Herausforderungen im Kontext einer bezahlbaren Versorgungssicherheit in Zeiten des Klimawandels zu ertüchtigen, wird eine zentrale Aufgabe und Verpflichtung einer neuen Bundesregierung sein.

In dem Sondierungspapier finden sich gute Absichten, die Energieversorgung auch in Zukunft sicherzustellen. Der Plan, den Bau von bis zu 20 Gigawatt – und damit doppelt so viel wie noch von der Ampel beabsichtigt – an Gaskraftwerksleistung bis 2030 zügig anzureizen, ist eine richtige Entscheidung. Dies und das Versprechen, den Klimaschutz, soziale Ausgewogenheit und wirtschaftliches Wachstum pragmatisch und unbürokratisch zusammenbringen zu wollen, stößt auf unsere uneingeschränkte Zustimmung. Für die nächsten Jahre gilt vor allem eins: eine Transformation zu gestalten, die sich an Kriterien wie Bezahlbarkeit, Umsetzbarkeit sowie Stabilität bzw. Verlässlichkeit orientiert. Allzu lange sind die Grundregeln dieses energiewirtschaftlichen Dreiecks ignoriert worden. Der Kurs zu mehr Klimaschutz durch nachhaltige Energieträger wie Wasserstoff kann nur durchgehalten werden, wenn er auch ökonomisch vertretbar ist. Dabei darf nicht disruptiv agiert werden. Erdgas kommt insofern eine Schlüsselrolle zu, denn über diese Brücke lässt sich die Transition in eine Wasserstoffwirtschaft gestalten.

Ebenso teilen wir den Ansatz von Union und SPD, die Mittel für Forschung und Entwicklung massiv aufzustocken sowie eine unabhängige Forschung frei von politischer Einflussnahme und Ideologie zu betreiben. Technologien wie die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (CCS) gehören ausdrücklich dazu. Deutschland darf im internationalen Wettbewerb um die besten und innovativsten Ideen keine Zeit mehr verlieren, weil sachfremde Hemmnisse und ideologiebehaftete Debatten den Grundsatz der Technologieoffenheit blockieren.“

Weitere Informationen:

Energie- und wasserpolitische Forderungen des DVGW:

www.dvgw.de/politische-forderungen

Kontakt:

DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

presse@dvwg.de
www.dvgw.de

Hauptgeschäftsstelle
Josef-Wirmer-Straße 1-3, 53123 Bonn

Büro Berlin
Robert-Koch-Platz 4, 10115 Berlin

Lars Wagner
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit /
Pressesprecher
Telefon: (030) 79 47 36 – 64

Sabine Wächter
Pressesprecherin
Telefon: (0228) 91 88 - 609

Der **DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.** fördert das Gas- und Wasserfach mit den Schwerpunkten Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz. Mit seinen rund 14.000 Mitgliedern erarbeitet der DVGW die allgemein anerkannten Regeln der Technik für Gas und Wasser. Klimaneutrale Gase und insbesondere der Zukunftsenergieträger Wasserstoff sind in der Arbeit des DVGW von besonderer Bedeutung. Der Verein initiiert und fördert Forschungsvorhaben und schult zum gesamten Themenspektrum des Gas- und Wasserfaches. Darüber hinaus unterhält er ein Prüf- und Zertifizierungswesen für Produkte, Personen sowie Unternehmen. Die technischen Regeln des DVGW bilden das Fundament für die technische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Gas- und Wasserwirtschaft in Deutschland. Sie sind der Garant für eine sichere Gas- und Wasserversorgung auf international höchstem Standard. Der gemeinnützige Verein wurde 1859 in Frankfurt am Main gegründet. Der DVGW ist wirtschaftlich unabhängig und politisch neutral. Mit neun Landesgruppen und 62 Bezirksgruppen agiert der DVGW auf lokaler sowie überregionaler Ebene und ist in der ganzen Bundesrepublik vertreten. Themen mit bundesweiter oder europäischer Dimension werden durch die Hauptgeschäftsstelle in Bonn mit Büros in Berlin und Brüssel abgedeckt.